Integration als Herausforderung für Kommunal- und Landespolitik

30.4.2016

Kommunalpolitisches forum

Was ist Integration?

- Lat. integratio -> Erneuerung
- Prozess besteht aus Annäherung, gegenseitiger Auseinandersetzung, Kommunikation, Finden von Gemeinsamkeiten, Feststellen von Unterschieden und der Übernahme gemeinschaftlicher Verantwortung zwischen Zugewanderten und der anwesenden Bevölkerung.
- Im Gegensatz zur Assimilation (völlige Anpassung), verlangt Integration nicht die Aufgabe der eigenen kulturellen Identität.
- Integration ist kleinteilig und findet vor allem vor Ort statt!

Situation

- In Brb. 130.000 Menschen mit Migrationshintergrund → rund 5 % der Bevölkerung
- etwa die Hälfte hat nicht die deutsche Staatsbürgerschaft
- 2015 sind rund 28.000 neu zugewanderte Asylsuchende in der EA registriert worden → von diesen wurden ca. 25.600 Personen in LK und kfSt untergebracht
- Viele Integrationsangebote für Flüchtlinge mit einer so genannten guten Bleibeperspektive (Herkunftsländer mit einer hohen Schutzquote im Asylverfahren: Syrien, Iran, Irak, Eritrea) → Problem unterschiedliche Behandlung
- Integrationsgesetz auf Bundesebene geplant, Eckpunkte liegen vor

Handlungsfelder – Unterbringung und Wohnen

Ziel:

- Möglichst viele Geflüchtete in Wohnungen unterbringen.
- Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleisten
- Wohnungsquote bei ca. 1/3
- 2015: Notunterkünfte → jetzt Leerstand in vielen Kommunen, unsichere Situation, da keine offizielle Prognose

Probleme:

- Wohnraum fehlt
- Übergang SGB II

Handlungsfelder - Spracherwerb

- Integrationskurse
- Landesprogramm „Deutsch für Flüchtlinge“
- Einige Kommunen und LK eigene Mittel für Deutschkurse
- Angebote Volkshochschulen
- MASGF beabsichtigt Förderung eines landesweiten Sprachmittler-Pools, um Sprachmittlung bei Behördengängen, Arztbesuchen etc. zu verbessern

Handlungsfelder – Ausbildung und Arbeit

- Zuständig für Arbeitsmarktintegration: Arbeitsagentur und Jobcenter
- Bei SGB II-Anspruch besteht Zugang zu Arbeitsförderung
- Berufsanerkennung
- Bundesprogramme Integrationsrichtlinie, Mobilitätsprogramm MobiPro-EU, IQ-Netzwerk für Integration und Qualifizierung
- Zusätzlich in Landesverantwortung:
    - Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung in ZABH
    - Teilprogramm Kompetenzfeststellung
    - Beratungs- und Koordinierungsstelle für Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund
    - Modellprojekt betriebliche Begleitagentur
    - Assistierte Ausbildung

Handlungsfelder – Bildung

- von rund 28.000 aufgenommenen Geflüchteten → rund 8.000 Kinder
- Beschulung in Erstaufnahme

Kita:
- Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung nach Antragstellung
- Land:
    - Fortbildung für Kita-Erzieher*innen an
    - Flyer zur Eingewöhnung und zu Grundsätzen elementarer Bildung
- Bund:
    - Bundesprogramm „Sprach-Kitas“, Finanzierung von zusätzlichen Fachkräften

Handlungsfelder – Bildung

Schule:

- Beschulung in Erstaufnahme
- Schulpflicht für alle Kinder
- Landeskoordinatorin
- Eingliederungsverordnung: für die Förderung von Flüchtlings-Kindern in den Schulen, regelt Art und Umfang der Förderung;
- 170 Vorbereitungskurse (primär zum Deutsch-Lernen und zum Alphabetisieren) und 530 Förderkurse
- Fortbildung Deutsch als Zweitsprache (DaZ) für Lehrkräfte gemeinsames Programm mit den Oberstufenzentren „Berufliche Grundbildung Plus“

Handlungsfelder – Sozialarbeit und Beratung

- Migrationssozialarbeit
- Ausbau fallunabhängige Beratungsstruktur
- Migrationsberatung für Erwachsene
- Ehrenamtliche Beratungsstrukturen
- Problem: Übergang in Rechtskreis SGB II

Handlungsfelder – gesellschaftliche und politische Teilhabe

- Vereine und Verbände als wichtige Träger
- Migrantenselbstorganisationen
- Kulturelle Öffnung von Verwaltungen
- Beteiligungsstrukturen – kommunale Integrationsbeiräte
- Integrationsbeauftragte
- Bisher kein Wahlrecht

Handlungsfelder – Ehrenamt

- Vielzahl von Willkommensinitiativen, die sich auf vielfältige Art für Flüchtlinge und Asylsuchende engagieren
- MASGF unterstützt dieses ehrenamtliche Engagement: Nachtragshaushalt 2016 zusätzlich 986.200 Euro → 2016 insgesamt 1.831.600 Euro
- Fortbildungsangebote für ehrenamtlich Tätige werden gefördert
- Netzwerk Willkommenskultur - Vielfältigen Probleme und Erfolge vor Ort diskutiert, nächste Treffen: am 10. Juni, um 17 Uhr im Landtag Brandenburg

Zum Abschluss:

- Weg von der Krisenrhetorik!
- Aktuelle Situation als Chance begreifen für:
  - Kulturelle Vielfalt
  - Weltoffenheit
  - Demografische Entwicklung
  - Fachkräftebedarf
  - Mobilität
  - Konjunkturelle Lage
  - …

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.